

OTA KONRÁD

# DIE DEUTSCHEN HOCHSCHULLEHRER IN PRAG VOR UND NACH 1938/39

## VERSUCH EINER BESTANDSAUFGNAHME

„Den Feind auch geistig überwinden“, titelte *Der Neue Tag* seinen Bericht über die Amtseinführung eines neuen Rektors an der Deutschen Universität in Prag im Januar 1940. Der Rektor, der Agrarwissenschaftler Wilhelm Saure, forderte in seiner Antrittsrede von der deutschen Wissenschaft die „Gesamtversklavung“ für den „gegenwärtigen Kampf“.<sup>1</sup> Dazu herrschten in der Deutschen Universität in Prag keineswegs schlechte Bedingungen: Nach umfangreichen Entlassungen und Neueinstellungen, mit denen die Universität selbst nach dem Münchener Abkommen im Herbst 1938 begonnen hatte und die letztlich 32 % des ursprünglichen Lehrkörpers betrafen,<sup>2</sup> wurden die freigewordenen Stellen im Laufe der folgenden Jahre wiederbesetzt, der Lehrkörper erfuhr eine Umgestaltung im nationalsozialistischen Sinne. Von den in den Jahren 1940-1945 an der Universität tätigen Professoren und Dozenten gehörten 73 % der NSDAP an, ungefähr je 16 % von ihnen waren darüber hinaus auch Mitglieder der SS oder der SA.<sup>3</sup>

Die personellen Veränderungen seit dem Herbst 1938 stellten einen tiefen Eingriff in den Lehrkörper der Universität dar, der in diesem Ausmaß in ihrer bisherigen Geschichte beispiellos war. Die Zusammensetzung mehr als der Hälfte des Lehrkörpers änderte sich; fast zwei Drittel der Neuberufenen stammten aus dem früheren „Auslande“, also aus dem

---

<sup>1</sup> [Anonym], Den Feind auch geistig überwinden. Die historische Amtseinführung im Karolinum, in: *Der Neue Tag* vom 10. Januar 1940.

<sup>2</sup> Auf die Zahl der im Schuljahr 1937/38 an der Universität tätigen Dozenten und Professoren bezogen. Die Deutsche Universität in Prag gehörte zu den am meisten betroffenen Universitäten (zusammen mit Berlin und Frankfurt am Main): ALENA MÍŠKOVÁ, Německá (Karlova) univerzita od Mnichova k 9. květnu 1945. Vedení univerzity a obměna profesorského sboru [Deutsche (Karls-) Universität vom Münchener Abkommen bis zum 9. Mai 1945. Die Universitätsleitung und die Veränderung des Lehrkörpers], Praha 2002, S. 56.

<sup>3</sup> Ebd., S. 212.

„Altreich“. Aber es bleibt auch die Gruppe jener Universitätslehrer von Interesse, die in Prag schon vor 1938/1939 tätig gewesen waren und auf diese Weise eine gewisse personelle Kontinuität von der demokratischen Republik bis zum totalitären Staat herstellten. In diesem Beitrag wird die politische bzw. gesellschaftspolitische Haltung dieser 104 Professoren und Dozenten untersucht, die auch nach 1938/39 an der Universität blieben bzw. bleiben konnten.<sup>4</sup> Das geschieht anhand einer Analyse der Rahmenbedingungen, die für diese Gruppe der Universitätslehrer galten. Eine ganze Reihe der mit diesem Thema zusammenhängenden Problemfelder – wie vor allem die inhaltliche Entwicklung und Zielsetzung dieser gesellschaftspolitischen Tätigkeit auf der einen Seite und ihr Zusammenhang mit den methodologischen und thematischen Veränderungen im Wissenschaftsverständnis einzelner Universitätslehrer auf der anderen Seite – kann hier einstweilen nicht betrachtet werden.<sup>5</sup>

Die Deutschen in den böhmischen Ländern übernahmen nach 1918 ihr komplettes Schul- und Universitätssystem in den neuen Staat. Man muss der neuen politischen Elite gerade in der Zeit des „tschechischen nationalen Umsturzes“ 1918 zugute halten, dass dieses System nicht grundsätzlich angetastet wurde. Auf diese Weise entstand europaweit eine einzigartige Lage – eine nationale Minderheit verfügte über eigene staatliche Hoch-

<sup>4</sup> Diese Zahl nahm jedoch kontinuierlich ab, bis im Jahr 1945 nur noch 76 Mitglieder des alten Lehrkörpers an der Universität waren (MÍŠKOVÁ, Německá (Karlova) univerzita (wie Anm. 2), S. 193). Die Angaben zum Lebenslauf stützen sich vorwiegend auf eine Kartei der Hochschullehrer, die sich in den Akten des Úřad říšského protektora [Amt des Reichsprotectors – im Folgenden ÚŘP] befindet (Státní ústřední archiv v Praze [Staatliches Zentralarchiv in Prag] – im Folgenden SÚA, ÚŘP, 109-209-8), und ergänzend auf biographische Nachschlagwerke, v.a. auf MÍŠKOVÁ (wie Anm. 2), S. 235-263, die in ihren Biographien der Prager Universitätslehrer 1939-1945 u.a. auch die zitierte Archivquelle benutzt hat; außerdem auf LUDMILA HLAVÁČKOVÁ/PETR SVOBODNÝ, Biographisches Lexikon der Deutschen Medizinischen Fakultät in Prag 1883-1945, Praha 1998, sowie die Sekundärliteratur (v. a. Dějiny Univerzity Karlovy 1348-1990 [Geschichte der Karls-Universität 1348-1990], 4 Bde., hg. v. FRANTIŠEK KAVKA u. JOSEF PETRÁŇ, Praha 1997).

<sup>5</sup> Zu Inhalt, Zielsetzungen und Organisation des vorpolitischen bzw. kulturpolitischen Bereichs der Deutschen in den böhmischen Ländern nach 1918 siehe vor allem zwei ältere Studien: ANDREAS LUH, Der Deutsche Turnverband in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, München 1988 (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 62); RUDOLF JAWORSKI, Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR, Stuttgart 1977. Zur methodologischen und inhaltlichen Entwicklung der sudetendeutschen Geschichtsschreibung siehe: Die böhmischen Länder in der deutschen Geschichtsschreibung seit dem Jahre 1848. Vorträge des 3. Aussiger Kolloquiums in Aussig vom 25. bis 26. April 1996, 2 Teile, hg. v. MICHAEL NEUMÜLLER, Ústí nad Labem 1996-1997 (= Acta Universitatis Purkyianae: Slavogermanica, 6); die einschlägigen Beiträge in: Prager Professoren 1938-1948. Zwischen Wissenschaft und Politik, hg. v. MONIKA GLETTLER u. ALENA MÍŠKOVÁ, Essen 2001 (= Veröffentlichungen zu Kultur und Geschichte im östlichen Europa, 17).

schulen.<sup>6</sup> Die Deutsche Universität in Prag war unter ihnen nicht nur die größte, sondern auch die wichtigste. Ihre Bedeutung für die deutschsprachige Minderheit in den böhmischen Ländern lag nicht nur in ihren wissenschaftlichen Leistungen. Die Deutsche Universität beteiligte sich an den gesellschaftspolitischen Diskussionen und Konflikten, einzelne Professoren hatten schon seit den zwanziger Jahren in den deutschen politischen Parteien bedeutende Rollen inne. Noch wichtiger erscheint es, dass sie einen Teil der sudetendeutschen Eliten hervorbrachte – die Juristen, Ärzte und auch die Mittelschullehrer. Die Studentenschaft stellte darüber hinaus auch ein wichtiges und oft radikales Element des gesellschaftspolitischen Lebens in Prag dar.

Obwohl die Deutsche Universität in Prag auch nach 1918 eine staatliche Hochschule blieb, belastete das Universitätsgesetz von 1920 ihr Verhältnis zum Staat: Das Gesetz verweigerte – unter anderem – der Deutschen Universität die rechtliche Nachfolge der alten Karls-Universität (bzw. seit 1654 der Karl-Ferdinands-Universität). Als deren alleinige Nachfolgerin galt von nun an die tschechische Karls-Universität.<sup>7</sup> Obwohl dieses Gesetz, nach seinem Autor als „Lex Mareš“ bezeichnet, zu keinen Veränderungen in der Struktur und Organisation des deutschen Hochschulwesens in der Tschechoslowakei führte, ist seine Wirkung auf das Verhältnis der Deutschen Universität zum tschechoslowakischen Staat nicht zu unterschätzen. Seine Revision, die vor allem auf der symbolischen Ebene in der Forderung nach der Rückgabe der alten Universitätsinsignien, die nach dem Gesetz die tschechische Karls-Universität erhalten sollte, gipfelte, gehörte zu den am meisten diskutierten Problemen an der Deutschen Universität in der Zwischenkriegszeit. In der Zeit des sog. Insignienkampfes im November 1934 verließ dieses Problem sogar die akademische Sphäre und wurde zu einem der wichtigsten innenpolitisch diskutierten Ereignisse der Ersten Tschechoslowakischen Republik.<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> JIŘÍ PEŠEK, *Die Prager Universitäten im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Versuch eines Vergleichs*, in: *Universitäten in nationaler Konkurrenz. Zur Geschichte der Prager Universitäten im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. v. HANS LEMBERG, München 2003 (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 86), S. 145-166, S. 151.

<sup>7</sup> Eine der Folgen des Universitätsgesetzes von 1920 war auch der bekannte „Insignienkampf“ im Jahre 1934, der vom Rektor der tschechischen Karls-Universität, dem Botaniker Karel Domin, entfesselt wurde. Dazu: JAN HAVRÁNEK, *Univerzita Karlova, rozmach a perzekuce [Die Karls-Universität. Ausbau und Verfolgung]*, in: *Dějiny univerzity Karlovy* (wie Anm. 4), hier Bd. 4, S. 19-60 u. 41-47. Zum allgemeineren innenpolitischen Hintergrund siehe auch: ZDENĚK KÁRNÍK, *České země v éře první republiky [Böhmisiche Länder in der Ära der Ersten Republik]*, Bd. 2, Praha 2002, S. 269-280.

<sup>8</sup> Dazu MICHAL SVATOŠ, *Die Prager Universitäten im öffentlichen Leben der Ersten Tschechoslowakischen Republik*, in: LEMBERG (wie Anm. 6), S. 135-144.

Die Situation der Universität nach 1918 war darüber hinaus auch durch Faktoren geprägt, die aus ihrer in vielerlei Hinsicht spezifischen Stellung hervorgingen. Nach der Teilung der Karl-Ferdinands-Universität in zwei selbständige Universitäten – eine tschechische und eine deutsche – im Jahre 1882 hatte die deutsche Nachfolgerin unter anderem mit sinkenden Studentenzahlen zu kämpfen. Dies hing nicht nur damit zusammen, dass die Tschechen die Bevölkerungsmehrheit in den böhmischen Ländern bildeten, sondern auch damit, dass vor allem die mährischen Deutschen für ihre Universitätsstudien nun eine andere Universität, Wien, wählten. Paradoxerweise änderte sich diese Entwicklung nach der Gründung der Republik – bürokratische Hindernisse (z.B. die Nostrifikation der ausländischen Diplome) verursachten einen Zuwachs der Studenten an der Deutschen Universität in Prag und machten sie jetzt wirklich zur Universität der Deutschen in den böhmischen Ländern.<sup>9</sup>

Die Gründung des neuen Staates veränderte auch die Berufungsbedingungen: Hatte das alte k. u. k. Schulministerium von der Universität gefordert, neue Professoren vorwiegend aus dem Inland zu berufen, versuchte ähnlich auch das tschechoslowakische Schulministerium einheimische Kandidaten zu bevorzugen. Zum Ausland wurden jedoch nach 1918 auch österreichische Universitäten. Auf diese Weise wurden Berufungen aus dem Ausland schwieriger als früher. Die ausländischen Kandidaten mussten als Staatsbeamte um eine neue Staatsangehörigkeit ersuchen. Vor allem für die Kandidaten aus Deutschland bedeutete ein Ruf nach Prag auch ein geringeres Einkommen, wie der Verlauf einiger Berufungsverhandlungen belegt.<sup>10</sup> Die Lage bei Berufungen änderte sich teilweise nach 1933, als einige in Deutschland aus rassischen bzw. politischen Gründen verfolgte Professoren mit der Unterstützung der tschechoslowakischen Regierung bzw. des Präsidenten eine Stelle in Prag anstrebten. Es zeugt von der Atmosphäre an der Universität in dieser Zeit, dass diese Lehrkräfte mit antisemitischen Vorurteilen einiger ihrer neuen Kollegen bis hin zu Ausschreitungen durch Teile der Studentenschaft konfrontiert wurden.<sup>11</sup>

---

<sup>9</sup> PEŠEK (wie Anm. 6), S. 155-156.

<sup>10</sup> OTA KONRÁD, Geisteswissenschaften an der Deutschen Universität in Prag (1938/39-1945), in: Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, hg. v. KAREN BAYER, FRANK SPARING u. WOLFGANG WOELK, Stuttgart 2004, S. 219-248, hier insbesondere S. 219-222.

<sup>11</sup> Zum „Fall Utitz“ siehe: JOSEF ZUMR, Emil Utitz (1883-1956). Ästhetiker. Für den humanistischen Sinn der Kultur, in: Prager Professoren 1938-1948 (wie Anm. 5), S. 237-248.

Auch die Tatsache, dass die Universität in Prag lag, gehörte zu ihren bestimmenden Rahmenbedingungen nach 1918.<sup>12</sup> Prag war eine mehrheitlich von Tschechen bewohnte Großstadt, deren deutsche Minderheit vorwiegend der gehobenen Schicht angehörte. Der „Honorarliberalismus“ der führenden Schicht der Prager Deutschen, der sich in einer ganzen Reihe kulturpolitischer Verbände artikulierte (und sein gesellschaftliches Zentrum im deutschen Kasino hatte), war schon in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts von den Deutschen, die aus den böhmischen Grenzgebieten stammten, misstrauisch betrachtet worden. Sie verweigerten Prag seine traditionelle Stellung eines kulturellen und politischen Zentrums der Deutschen in den böhmischen Ländern. Unter den Universitätsstudenten führten diese Spannungen zur Trennung des völkischen, mit Arierparagraphen ausgestatteten studentischen Verbandes „Germania“ vom liberalen „Zentralverein der Lese- und Redehalle“ im Jahre 1892.

Der verstärkte Zustrom der Studenten (und auch der Studentinnen) aus böhmischen und mährischen deutschsprachigen Gebieten nach Prag nach 1918 verstärkte diese Entwicklung: Sie konnten sich politisch und sozial oft nur schwer mit dem Prager Deutschtum, das fast zur Hälfte aus den Prager Juden bestand, identifizieren. Überspitzt formuliert, bildeten sie in Prag eine Minderheit innerhalb der Minderheit der Prager Deutschen. Aufgrund dieser Entwicklung kamen nach 1918 im Zusammenhang mit der politischen Situation ältere Überlegungen wieder auf, die Deutsche Universität aus Prag in die mehrheitlich deutschsprachigen Grenzgebiete zu verlegen,<sup>13</sup> eine Idee, die immer wieder verfolgt und am ernsthaftesten nach dem Münchner Abkommen im Herbst 1938 in Betracht gezogen wurde.

Diese Situation der Universität beeinflusste auch die Zusammensetzung ihres Lehrkörpers: Die Gruppe der 104 Professoren und Dozenten, die an der Prager Universität vor und nach 1938/39 tätig waren, setzte sich nach ihren Geburtsorten folgendermaßen zusammen:<sup>14</sup> 80 (77%) der Hochschullehrer stammten aus den böhmischen Ländern, davon 19 (18%) aus Prag und 61 (59%) aus anderen Orten. Im Ausland waren 24 (23%) von ihnen geboren worden. Mehr als drei Viertel von ihnen stammten also aus den böhmischen Ländern, mehr als die Hälfte dieser Gruppe war jedoch au-

---

<sup>12</sup> Zum Prager Deutschtum GARY B. COHEN, *The politics of ethnic survival. Germans in Prague 1861-1914*, Princeton 1981.

<sup>13</sup> So forderte der Physiologie-Professor Armin Tschermak-Seysenegg (geboren 1870 in Sien, gestorben 1952 in Bad Wiessee) im Jahre 1920 die Verlegung der deutschen Hochschulen aus Prag „dorthin, wohin sie naturgemäß gehören – ins deutsche Siedlungsgebiet“. ARMIN TSCHERMAK-SEYSENEGGER, „Deutsche Großböhmens, holt Eure Hochschulenheim!“, Eger 1920 (= Böhmerland-Flugschrift für Volk und Heimat, 14), S. 29.

<sup>14</sup> Folgende Angaben v. a. nach MÍŠKOVÁ, Německá (Karlova) univerzita (wie Anm. 2), S. 235-263

Berhalb Prags geboren worden (vorwiegend in den deutschsprachigen Grenzgebieten bzw. deutschen Sprachinseln). Ein Viertel dieser Hochschullehrer stammte aus dem Ausland. Man kann allerdings diese Zahl nicht mit der Zahl der „Fremdberufungen“ bereits habilitierter Universitätslehrer an eine Prager Professur von einer anderen Universität gleichsetzen: Mehr als die Hälfte der im Ausland geborenen Universitätslehrer (13) hatte ihre akademische Karriere in Prag begonnen, indem sie entweder in Prag promoviert oder sich in Prag habilitiert hatten.

Um jedoch die Zusammensetzung des Lehrkörpers der Universität am Ende der dreißiger Jahre darstellen zu können, muss man auch diejenigen Universitätslehrer, die aus rassistischen Gründen 1938/39 entlassen wurden (insgesamt 73), in Betracht ziehen. Im Falle der wegen ihrer jüdischen Herkunft Verfolgten stammten 34% direkt aus Prag; die Hälfte von ihnen war in den böhmischen Ländern (ausgenommen Prag) geboren worden. Die Zahl der im Ausland geborenen Hochschullehrer lag hier etwas niedriger (16%) als bei der ersten Gruppe. Wiederum fast die Hälfte dieser „ausländischen“ Hochschullehrer (nämlich fünf von zwölf) hatte jedoch die Universitätlaufbahn in Prag begonnen.

Obwohl die Angaben nicht vollständig sind,<sup>15</sup> kann man einige charakteristische Züge der Zusammensetzung des Lehrkörpers der Deutschen Universität in Prag am Ende der dreißiger Jahre zusammenfassen: Rund 80% der Universitätslehrer (140 von 177) stammten aus den böhmischen Ländern. Auch wenn man die Orte der Promotion oder Habilitation einbezieht, zeigt sich, dass die Universität in dieser Zeit auf die einheimischen Kräfte stark angewiesen war: 86% von ihnen (152 von 177) hatten entweder in Prag promoviert oder sich in Prag habilitiert. Daran konnten auch die Berufungen der in Deutschland nach 1933 entlassenen Hochschullehrer nach Prag nichts Grundsätzliches ändern.<sup>16</sup> Die oben erwähnten Schwierigkeiten im Falle der Fremdberufungen prägten die Zusammensetzung des Lehrkörpers maßgeblich.

<sup>15</sup> Von den 213 im Schuljahr 1937/38 an der Universität tätigen Hochschullehrer sind 36 nicht eingerechnet. Es handelt sich um die Universitätslehrer, die weder nach 1938/1939 aus rassistischen Gründen entlassen wurden noch nach 1939 an der Universität tätig waren. Neben den Professoren und Dozenten, die in der Zeit vom Herbst 1938 bis Ende des Jahres 1939 starben, besteht diese Gruppe auch aus Universitätslehrern, die nach dem Herbst 1939 an eine andere deutsche Universität abberufen wurden (von der Prager Philosophischen Fakultät gingen in dieser Zeit z.B. der Germanist Herbert Cysarz nach München, der Urgeschichtler Leonhard Franz nach Leipzig und der Slawist Ferdinand Liewehr nach Wien.)

<sup>16</sup> An die Deutsche Universität in Prag kamen nach 1933 wegen der Verfolgung in Deutschland Hans Kelsen, Emil Utitz und Erwin Freundlich. Zuflucht in der Tschechoslowakei fand auch Ludwig Landgrebe, der mit einer Jüdin verheiratet war.

Als eine Folge der Struktur des Prager Deutschtums kann man zweifellos die Tatsache bezeichnen, dass mehr als ein Drittel der jüdischen Professoren und Dozenten aus Prag stammte. Für die nichtjüdischen und nach 1938/39 als politisch zuverlässig angesehenen Universitätslehrer galt dies jedoch nicht: Ihre Heimat bildeten die deutschsprachigen Grenzgebiete bzw. die deutschen Sprachinseln. Als Studenten waren sie oftmals aus kleinen Orten nach Prag gekommen und mit der komplizierten Situation des Prager Deutschtums konfrontiert worden. Viele von ihnen hatten um die Jahrhundertwende bzw. in den Jahren danach mit ihren Studien begonnen, also in der Zeit, als der deutsch-tschechische Antagonismus die Stadtatmosphäre immer mehr prägte. Wie die Biographien der Hochschullehrer belegen, reagierten einige von ihnen mit dem Beitritt in eine der völkischen Studentenverbindingen.

Wenn auch diese fast typische Laufbahn zweifellos mentalitätsprägend war, weisen ihre Herkunftsorte noch auf einen anderen Aspekt hin: die Verbundenheit mit den außerhalb Prags liegenden Geburtsorten bzw. Heimatorten. Eine Folge davon war auch das Engagement der Professoren und Dozenten im dortigen öffentlichen und kulturellen Leben und die Mitgliedschaft im sudetendeutschen Verbandswesen. Fast alle Universitätslehrer der untersuchten Gruppe waren Mitglieder der traditionsreichen und größten Vereine der Deutschen in den böhmischen Ländern – im Bund der Deutschen und im Deutschen Kulturverband. Beide Vereine waren schon zu Zeiten der Habsburger Monarchie entstanden. Der Deutsche Kulturverband blieb bis in die dreißiger Jahre ein traditioneller Schulverein; das Tätigkeitsfeld des Bundes der Deutschen lag vor allem im wirtschaftlichen Bereich bzw. – während der Zeit der Weltwirtschaftskrise – in der wirtschaftlichen Selbsthilfe. Diese ursprünglich vorpolitischen oder gesellschaftspolitischen Vereine wurden seit Mitte der dreißiger Jahre immer stärker in die Politik einbezogen. Ein Abkommen mit dem dritten großen Verein, dem Deutschen Turnverband, bildete die Grundlage einer „neuen“, einheitlichen und politisch ausgerichteten Volkstumspolitik; diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt im Jahre 1938, als sich alle Volksvereine zu einem gemeinsamen Verband zusammenschlossen.<sup>17</sup>

Die gesellschaftspolitische Aktivität der Universitätslehrer in der Republik spielte sich jedoch nicht nur in diesen großen Verbänden ab. Am Beispiel zweier Universitätsprofessoren lassen sich zwei unterschiedliche, in vieler Hinsicht gegensätzliche Modelle dieser Aktivität und darüber

---

<sup>17</sup> LUH (wie Anm. 5), S. 303-317.

hinaus die Einstellung gegenüber der Republik aufzeigen:<sup>18</sup> Die im Umfeld der deutschen Slawistik und ihren Hauptvertretern – den Professoren Franz Spina und Gerhard Gesemann – begründeten wissenschaftlichen Institutionen und Fachzeitschriften stellten einen Raum der fruchtbaren deutsch-tschechischen wissenschaftlichen Zusammenarbeit dar, die nicht nur rein fachwissenschaftlich zu deuten ist: „[...] sie verkörperte zugleich ein politisches Programm, für das Franz Spina als Schlüsselfigur des deutschen Aktivismus und Angehöriger der Regierung auch politisch einstand“.<sup>19</sup> Doch der Abbau der staatlichen Subventionen in der Zeit der Weltwirtschaftskrise, Gesemanns Abneigung gegen die politische Linie Spinas seit Mitte der dreißiger Jahre, wie auch im Allgemeinen die Nachwirkungen des Januar 1933 auf die deutschen Universitätslehrer in Prag erschwerten eine solche Zusammenarbeit, deren symbolisches Ende Spinas Tod nur wenige Tage vor dem Münchener Abkommen darstellte.

Wenn die deutschen Slawisten mindestens bis zur Mitte der dreißiger Jahre für ein Programm der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit im Rahmen der demokratischen Republik standen – sei es aufgrund der pragmatischen Einsicht, dass dies für ihr Fach wie auch für die ganze Universität die einzige mögliche Politik sei, oder aufgrund einer Identifikation mit den liberaldemokratischen Grundsätzen der Republik – wurzelte das zweite Modell eines kulturpolitischen Engagements der Universitätslehrer in einer von Anfang an feindlichen Einstellung gegenüber dem neuen Staate. In diesem Zusammenhang sei hier der Germanist Erich Gierach zu nennen. Gierach war nicht nur seit Anfang der zwanziger Jahre politisch in einer „negativistischen“ Partei, der Deutschen Nationalpartei (DNP), tätig, er nahm auch führend an der Arbeit der verschiedenen Verbände vor allem in seiner Heimatstadt Reichenberg teil, die durch ihren offiziellen wissenschaftlichen bzw. „volksbildnerischen“ Charakter eine genuin politische Aktivität entwickelten. Es überrascht nicht, dass die beiden so unterschiedlichen kultur- und gesellschaftspolitischen Programme gerade Mitte der dreißiger Jahre an der Universität in Konflikt gerieten.

Das Thema der außerwissenschaftlichen Tätigkeit der deutschen Hochschullehrer kann man nicht nur auf ihre Aktivitäten im Vereins- und Verbandswesen beschränken. Was das Problem ihres parteipolitischen Engagements betrifft, kann man zwei Schlüsse ziehen:

<sup>18</sup> Siehe dazu detaillierter OTA KONRÁD, Eine lange Feindschaft. Die Prager Professoren Erich Gierach und Gerhard Gesemann, in: *Acta Universitatis Carolinae – Historia Universitatis Carolinae* 43 (2003), S. 173-192.

<sup>19</sup> KLAAS-HINRICH EHLERS, Gerhard Gesemann (1888-1948). Slawist, in: *Prager Professoren 1938-1948* (wie Anm. 5), S. 351-378, hier S. 353.

Es gab einige Professoren, die zu bedeutenden deutschen Politikern in der Tschechoslowakei wurden. Franz Spina, eine führende Persönlichkeit des Bundes der Landwirte (BdL), war mehrere Jahre lang Regierungsmitglied. Ein Minister war auch der Staatsrechtler Robert Mayr-Harting, Mitglied der Deutschen Christsozialen Volkspartei (DCVP). Für dieselbe Partei saß von 1920 bis 1938 der Kirchenrechtler Karl Anton Edmund Hilgenreiner im Senat. Mitglieder der DCVP waren auch der Historiker Rudolf Schreiber und der Philologe Anton Blaschka. Vorsitzender einer weiteren aktivistischen Partei, der Deutschdemokratischen Freiheitspartei, war der Jurist Bruno Alexander Kafka. Sein Parteikollege Ludwig Spiegel, ebenfalls Professor an der Juristischen Fakultät, war von 1920 bis 1925 Mitglied des Senats. Zum so genannten „negativistischen“ Lager der deutschen politischen Parteien gehörte August Naegle, Mitglied der DNP. Naegle wurde der erste Rektor der Universität nach 1918. Der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP), die zusammen mit der DNP im Jahre 1933 verboten wurde, gehörten der Chemiker Adolf Dimter, der Pathologe Hans Wolfgang Sachs, der Laryngologe Josef Bumba und der Botaniker Karl Reinhardt an.

Mit den genannten Professoren ist jedoch der Kreis der Personen, die sich bereits in den zwanziger Jahren an der Parteipolitik direkt beteiligten, schon umrissen – in der Gruppe der untersuchten Universitätslehrer blieb eine direkte parteipolitische Aktivität bis Mitte der dreißiger Jahre eher die Ausnahme. Dies sollte sich jedoch nach 1935 und dann vor allem im Jahre 1938 ändern. Seit dieser Zeit lässt sich eine rasche „Politisierung“ beobachten, die parallel mit der Einbeziehung der traditionellen sudetendeutschen Vereine in eine „einheitlich koordinierte und politisch ausgerichtete sudetendeutsche Volkstumsarbeit“ verlief.<sup>20</sup> Ungefähr die Hälfte der betreffenden Universitätslehrer trat (soweit dies feststellbar war) der Sudeten-deutschen Partei (SdP) Konrad Henleins bei, für die meisten von ihnen bedeutete die SdP die erste politische Erfahrung. Man kann in diesem Zusammenhang mindestens zwei Beitrittswellen feststellen: einerseits im Jahre 1935 nach den erfolgreichen Parlamentswahlen, andererseits im und nach dem März 1938. Für die zweite Beitrittswelle kann man mehrere Gründe annehmen: den Eindruck, den der Anschluss Österreichs hervorrief, die gerade in dieser Zeit verlaufende Vereinheitlichung aller sudeten-deutschen Organisationen, den für Ende Mai erklärten Aufnahmestopp bzw. die Vereinigung mit den anderen sudetendeutschen politischen Parteien und auch die aggressive Politik der SdP und die Gewalt gegen Andersdenkende, was jedoch eher für die Grenzgebiete als für Prag galt.

---

<sup>20</sup> LUH (wie Anm. 5), S. 313.

Vor allem die Zahl der Beitritte 1938 war bezeichnend. Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich die Professoren und Dozenten bis zur Mitte oder sogar bis zum Ende der dreißiger Jahre bei ihrem öffentlichen politischen Engagement abwartend verhielten.

Die politisch angespannte Situation vor dem Münchener Abkommen blieb auch an der Universität nicht ohne Auswirkungen: Etwa die Hälfte der Universitätslehrer flüchtete noch im Verlauf des Septembers 1938 aus Angst vor möglichen Repressalien, die sie von der Tschechoslowakischen Republik befürchteten, da sie nicht bereit waren, in der Krisensituation im September ein Treuebekenntnis gegenüber der Republik zu leisten. Die Universität befand sich plötzlich in einer äußerst ungünstigen personellen Situation, einige Fakultäten blieben ohne ihre Dekane und der Lehrbetrieb wurde stillgelegt.<sup>21</sup> Im Herbst 1938 kam es jedoch auch aus „rassischen“ Gründen zu Pensionierungen bzw. Entlassungen, die die Zahl der vakanten Lehrstühle noch vergrößerte. Es gehört zu den Spezifika der „Arisierung“ der Deutschen Universität in Prag, dass sie ein von der Universität selbst initiiert Prozess war, der noch vor der unruhigen antijüdischen Gesetzgebung der so genannten Zweiten Republik vom Februar 1939 und in jedem Falle vor der Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren fast vollständig beendet war. Da zugleich auch nicht Universitätslehrer, die geflüchtet waren, zurückkehrten, war der Personalbestand der Universität zweifach betroffen. Eine Konsolidierung in dieser Frage – also die Wiederbesetzung der freigewordenen Stellen – war erst im Jahre 1941 zusammen mit der Übernahme der Universitätslehrer, die geblieben waren, in den Reichsdienst im Großen und Ganzen vollzogen.

Wie sah es nun mit der politischen Aktivität der untersuchten Gruppe nach 1938/39 aus? Nicht alle der fast 1.350.000 SdP-Mitglieder wurden in die NSDAP übernommen. Seit Dezember 1938 gab es genaue Aufnahmekriterien für die ehemaligen SdP-Mitglieder, die um eine Aufnahme in die NSDAP individuell ersuchen mussten. Eine nicht unbedeutende Rolle spielte dabei auch die Einteilung der SdP-Mitglieder in mehrere Gruppen nach dem Beitrittsdatum. Schließlich wurden die Aufnahmeanträge von der NSDAP individuell behandelt.<sup>22</sup> Trotz dieser Regelungen blieben von den 53 Universitätslehrern, bei denen die SdP-Mitgliedschaft festgestellt wer-

<sup>21</sup> ALENA MIŠKOVÁ, Deutsche Professoren aus den böhmischen Ländern. „Flüchtlinge“ in der Zeit vor und nach den Münchener Verhandlungen, in: *Prager Professoren 1938-1948* (wie Anm. 5), S. 27-44.

<sup>22</sup> VOLKER ZIMMERMANN, *Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945)*, Essen 1999 (= Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission, 9 = Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 16), S. 131-137.

den konnte, nach 1938/39 nur sieben parteilos. Insgesamt traten 77 der 104 Universitätslehrer der NSDAP bei. Ausführlichere Angaben liegen für die Philosophische Fakultät vor: Von den 49 im Jahr 1937/38 an der Fakultät tätigen Dozenten und Professoren wurden acht nach dem Herbst 1938 entlassen, zwei weitere mussten aus unbekannten Gründen die Universität verlassen. Drei Professoren wechselten nach 1938 an eine andere reichsdeutsche Universität, davon kehrte jedoch der Historiker Heinz Zatschek 1942 wieder nach Prag zurück. Franz Spina starb am 17. September 1938, der Psychologe Johannes Lindworsky im September 1939. Von der ursprünglichen Zusammensetzung blieben nach 1938/39 an der Fakultät (einschließlich Zatschek) 35 Hochschullehrer. Von ihnen gaben 22 an, dass sie der SdP angehört hatten. Der NSDAP traten vom Herbst 1938 an 30 von ihnen bei.<sup>23</sup>

Umgekehrt bedeutet dies aber nicht, dass jemand, der nicht in die NSDAP aufgenommen wurde, in irgendeiner Opposition zum neuen Regime gestanden habe oder als Oppositioneller beurteilt wurde. So wurde z.B. der Antrag des Historikers und ehemaligen SdP-Mitglieds Gustav Pirchan durch eine Entscheidung des NSDAP-Kreisgerichtes Prag „trotz der Befürwortung durch den Ortsgruppenleiter und Kreisleiter und trotz seiner Mitgliedschaft bei der SdP und anderen völkischen Organisationen“ abgelehnt, weil „die Ehegattin des Antragstellers nicht frei von jüdischem Rasseneinschlag“, ihr Urgroßvater nämlich Jude gewesen sei.<sup>24</sup> Auch im Falle von Anton Ernstberger, eines anderen Historikers, musste das Parteigericht über die Parteimitgliedschaft entscheiden, da, wie festgestellt wurde, Ernstberger Mitglied der „Old Fellows“ war, die als eine „logenähnliche Vereinigung“ galten. Das Parteigericht hob den vorherigen Ausschluss aus der NSDAP auf,

„da er in der Loge weder einen höheren [...] Grad erreichte, noch ein wesentliches Amt bekleidete und sich durch persönlichen Einsatz im Volkstumskampfe nachweisbar Verdienste erworben hat“.<sup>25</sup>

Diese Beispiele können zugleich die These belegen, dass die Aufnahme der ehemaligen SdP-Mitglieder auch an der Universität nicht automatisch erfolgte bzw. dass diese Aufnahme mit verschiedenen Beurteilungen der Antragsteller verbunden war, in denen ihre politische Zuverlässigkeit und Haltung vor 1938 geprüft wurde.

---

<sup>23</sup> Die Angaben zur Philosophischen Fakultät wurden neben der angeführten Quellen (vgl. Anm. 4) durch andere Archivquellen ergänzt und als eine Stichprobe benutzt.

<sup>24</sup> Beschluss des Kreisgerichtes Prag, 26.6.1940, in: SÚA, NSDAP, 123-433-2.

<sup>25</sup> Beschluss des Gaugerichtes Sudetenland der NSDAP, Reichenberg, 13.3.1942, in: SÚA, NSDAP, 123-93-6.

Auf der anderen Seite setzte die fast massenhafte Mitgliedschaft der Universitätslehrer in der NSDAP die Bedeutung dieser politischen Aktivität gewissermaßen herab. Weit elitärer war zweifellos die Mitgliedschaft in der SS und der SA. Beide Organisationen waren an der Universität überproportional durch die neu berufenen Dozenten und Professoren vertreten, was zweifellos auch damit zusammenhing, dass (vor allem nach der Ankunft von Reinhard Heydrich in Prag) ideologisch „zuverlässige“ Professoren aus dem Altreich an die Universität berufen wurden.

Die seit dem Herbst 1938 noch fast zwei Jahre dauernde personelle Unsicherheit an der Universität wirkte sich auch auf das alltägliche Leben der Prager Universitätslehrer aus. Hinzu kam, dass viele der frei gewordenen Lehrstühle nicht mit einheimischen Kandidaten besetzt wurden – die neuen Inhaber wurden der Universität durch das Reichserziehungsministerium oftmals ohne jede Absprache mit der Universität bzw. den Fakultäten zugewiesen. Dies und die dem Ministerium seitens der Universität vorgeworfene Konzeptlosigkeit führten auch zu einer gewissen Ernüchterung einiger Universitätslehrer. Es bildete sich eine erste Konfliktlinie inmitten der Universität – eine Trennungslinie zwischen den Universitätslehrern, die nach 1938/39 aus dem Reich gekommen waren, und denen, die schon zuvor an der Universität gelehrt hatten.

Diese (potentielle) Konfliktsituation war nicht die einzige Grundlage der mannigfaltigen Machtkämpfe an der Universität in dieser Zeit. Nachdem Reinhard Heydrich nach Prag gekommen war, wurde auch die Universitätslage gründlich besprochen: Institutionell sollte die Universität nach dem Posener Vorbild durch eine vom Reichserziehungsministerium unabhängige Stiftung selbstständig agieren.<sup>26</sup> Diese Stiftung – nach dem Tode Heydrichs „Reinhard-Heydrich-Stiftung“ genannt – verwirklichte eine schon ältere Idee, die in der Prager Universität einen vorteilhaften Ort zur „Erforschung des östlichen Raumes“ sah.<sup>27</sup> Innerhalb der Stiftung bildete sich eine bedeutende Gruppe von Universitätslehrern, zu denen auch einige der „alten“ Universitätslehrer gehörten, die – vielleicht auch angesichts der früheren Unsicherheit – begrüßten, dass es mit der Stiftung eine Möglichkeit der Mitarbeit an prestigeträchtigen und gut dotierten Forschungsprojekten gab. Es war jedoch nicht nur Karrieredenken, das diese Universitätslehrer gemeinsam hatten – es begann sich nämlich ein neues Forschungs- und Erziehungsverständnis durchzusetzen, das die alten Bildungsideale ersetzte. Es machte aus der Universität eine spezialisierte, ideologisch durchdrunge-

<sup>26</sup> MÍŠKOVÁ, Německá (Karlova) univerzita (wie Anm. 2), S. 110-111.

<sup>27</sup> Zur Stiftung siehe: ANDREAS WIEDEMANN, Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag (1942-1945), Dresden 2000 (= Berichte und Studien. Hannah Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, 28).

ne Forschungsstelle und aus der alten *universitas* der Studenten und Professoren eine Gemeinschaft, die die ganzjährige ideologische Betreuung bzw. Führung der Studenten einschloss. Eben dieses Universitäts- und Wissenschaftsverständnis bildete das Kriterium, aufgrund dessen die Lehrerschaft der Universität in „aktivistische“ bzw. „positive“ einerseits und in „reaktionäre“ Kreise andererseits eingeteilt wurde.<sup>28</sup>

## Zusammenfassung

Die Haltung der deutschen Universitätslehrer, die vor dem Jahr 1938/39 als tschechoslowakische Staatsbeamte und nach der Eingliederung des deutschen Hochschulwesens ins Protektorat Böhmen und Mähren unter den zentralen Reichsbehörden als Professoren und Dozenten im Reichsdienst tätig waren, wurde zweifellos durch die allgemeine politische Lage nach 1918 und den deutsch-tschechischen Antagonismus geprägt. Die Gründung des tschechoslowakischen Staates im Jahr 1918, welche von der Universität zunächst abgelehnt wurde, hatte sie vor die neue Situation einer Minderheiten-Universität in einem ungewollten Staat gestellt. Für viele der Universitätslehrer wurde diese Zäsur noch dadurch verstärkt, dass sie erst 1918 bzw. in den folgenden Jahren von der Front oder aus der Kriegsgefangenschaft in den neuen Staat zurückgekehrt waren.

Die spezifische Lage der Universität bestand unter anderem darin, dass ihr Hinterland mehrheitlich die deutschsprachigen Grenzgebiete bildeten. Die oftmals persönliche Verbundenheit mit diesem Gebiet veranlasste viele Dozenten und Professoren, auch am dortigen Vereinsleben teilzunehmen. Diese vorpolitische Tätigkeit gewann jedoch seit Mitte der dreißiger Jahre immer mehr parteipolitische Züge, und für viele von ihnen endete sie in einer Mitgliedschaft in der SdP. Eine unbedingte kausale Verbindung darin zu sehen, würde jedoch nicht ausreichen. Den Universitätslehrern standen mehrere Möglichkeiten für ihre gesellschaftspolitische bzw. parteipolitische Tätigkeit offen und sie nutzten sie auch entsprechend. Spätestens jedoch seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre war ihr Verhalten immer mehr konform mit der stärksten sudetendeutschen Partei.

Der Beitritt ehemaliger SdP-Mitglieder in die NSDAP verlief nicht automatisch. Auch über die Aufnahme dieser Universitätslehrer in die Partei wurde individuell auf Grundlage der ideologischen Beurteilung

<sup>28</sup> Dies geschah in den Berichten der Prager Zentrale des Sicherheitsdienstes an Karl Hermann Frank, vgl. z.B.: Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS. SD-Leitabschnitt Prag an den Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren SS-Obergruppenführer K. H. Frank, Prag-Bubentsch 27.4.1944, Geheime Reichssache!, in: SÚA, ÚRP, 110-4-529.

entschieden. Dabei gab es nur wenige Ablehnungen: Es wurden nicht nur fast alle SdP-Mitglieder, sondern auch der überwiegende Teil der bisher parteilosen Universitätslehrer in die NSDAP aufgenommen.

Die Personalpolitik nach 1939 belebte die alten Ressentiments der deutschen Universitätslehrer in Prag gegenüber den Deutschen aus dem „Reich“, die, so die verbreitete Meinung, die spezifische Situation der Sudetendeutschen nur schlecht verstünden und deren Verdienste nicht richtig einschätzen könnten. Diese Konfliktlinie zwischen den „alten“ und den „neuen“ Universitätslehrern war jedoch für die letzten Jahre der Deutschen Universität nicht einzig entscheidend: Ein Kriterium für die Einteilung der Universitätslehrerschaft bildete eher ein bewusst traditionsfremdes, neues und radikales Erziehungs- und Wissenschaftsverständnis, das von der um die „Reinhard-Heydrich-Stiftung“ versammelten Professoren, zu denen nicht wenige der „alten“ Hochschullehrer gehörten, vertreten wurde.

Die Deutsche Universität in Prag kann man in dieser Zeit durchaus mit anderen deutschen Universitäten vergleichen: Auch hier lässt sich bei den Universitätslehrern die Verhaltensskala von einem Fernhalten gegenüber politischen und ideologischen Fragen über Karrieredenken bis zum bewussten Engagement für das NS-Regime finden. In diesem Sinne war die Deutsche Universität in Prag im Nationalsozialismus „gleichgeschaltet“, nicht nur was ihre institutionelle Anpassung an die nationalsozialistische Vorgaben betrifft, sondern auch im Sinne der „angepassten“ Universitätslehrerschaft samt ihres „sudetendeutschen“ Teils.